

## „Die Würde des Menschen ist unantastbar – für das Recht auf Arbeit und soziale Teilhabe“

Freitag, 2. November 2017, in Schwerin,  
im Rittersaal der Gaststätte Ritterstuben

Von 10.00 - 14.00 Uhr

etwa 120 Teilnehmer; Politiker in Regierungsverantwortung waren geladen, erschienen war keiner

**Medien-Berichterstattung:** 2. November, 19.30 Uhr im „Nordmagazin“; 3. November **SVZ**, S. 4  
„Zu wenige Perspektiven, mehr alternative Beschäftigung für Langzeitarbeitslose gefordert“



### Kurzbericht

Zum 20. Mal trafen sich über 100 Erwerbslose und Interessierte aus ganz Mecklenburg-Vorpommern zu ihrem Parlament. Der Erwerbslosenbeirat (1998 von 120 Vertretern aus 40 Vereinen und Verbänden gegründet) hatte es einberufen. Die Erwerbslosen und ihre Probleme stehen hier im Mittelpunkt. Es wird den Politikern in Regierungsverantwortung auf die Finger geschaut, was sie versprechen, was sie tun oder auch nicht. Seit 1998 wird ein öffentlicher Beschäftigungssektor für Erwerbslose, die keine Arbeit mehr finden, gefordert. **Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe von der Friedrich-Schiller-Universität Jena**, stellte eine Studie zu den gravierenden Folgen/Auswirkungen der Agenda 2010 auf die gesamte Gesellschaft vor: auf die Betroffenen, auf die Mitarbeiter in den Jobcentern, auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Seit 2003 hat die Leiharbeit, die Teilzeitarbeit (Minni- und Midi-Jobs, befristete Jobs) in großem Stil zugenommen. Es gibt wenig gute, dafür viel schlechte Erwerbsarbeit, oft im Niedriglohnsektor; Erwerbsbiografien wurden abgewertet, besonders in den neuen Bundesländern. Armut wurde geschaffen, wo vorher keine war. Die Altersarmut ist auf dem Vormarsch. **P. Eckert**

---

Die **Agenda 2010** (sprich „**Agenda** zwanzig-zehn“) ist ein Konzept zur Reform des deutschen Sozialsystems und Arbeitsmarktes, das von 2003 bis 2005 von der aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildeten Bundesregierung (Kabinett Schröder II) weitgehend umgesetzt wurde. Die Bezeichnung **Agenda 2010** verweist auf Europa.)

# Zu wenige Perspektiven

Mehr alternative Beschäftigung für Langzeitarbeitslose gefordert

**SCHWERIN** Das Erwerbslosenparlament Mecklenburg-Vorpommerns hat der Landesregierung Ignoranz gegenüber den Problemen Langzeitarbeitsloser vorgeworfen und seine Forderung nach einem Landesprogramm für öffentlich geförderte Beschäftigung untermauert. „Auch wenn der Arbeitsmarkt gut läuft, bleibt der Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit sehr hoch. Dennoch hält es die Regierung nicht für nötig, ein eigenes Landesprogramm aufzulegen, das Perspektiven für ein geregeltes Erwerbsleben eröffnet“, beklagte Ariane Kroß, Sprecherin des Erwerbslosenbeirats, gestern nach Abschluss des 20. Erwerbslosenparlaments in Schwerin.

Nach Angaben der Arbeitsagentur Nord waren in Mecklenburg-Vorpommern Ende Oktober 23 100 Menschen länger als ein Jahr ohne Job. Das waren gut ein Drittel aller Arbeitslosen im Land.

Mecklenburg-Vorpommern sei trotz vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit das einzige Bundesland ohne eigenes Förderprogramm, stellte Kroß fest. Das Versprechen, sich für gute Arbeit und gute Löhne einzusetzen, dürfe nicht auf Arbeitnehmer beschränkt bleiben, die einen Job haben. „Es gibt Menschen, die aufgrund verschiedener Hemmnisse nur sehr schwer eine Anstellung in der Wirtschaft finden. Wir haben den Eindruck, dass die Politik die Sorgen und Nöte dieser Menschen ausblendet“, sagte Kroß und bemerkte zudem kritisch, dass die Landesre-

gierung erneut keinen führenden Vertreter zu der Tagung geschickt habe. „Das spricht Bände.“

Landtagsabgeordnete von SPD, Linke und Bürger für Mecklenburg-Vorpommern stellten sich jedoch der Diskussion im Erwerbslosenparlament, das einmal im Jahr tagt und von mehr als 40 Verbänden, Vereinen und Organisationen getragen wird. Nach Meinung von Henning Foerster von der Linksfraktion besteht inzwischen breiter Konsens, dass öffentlich geförderte Beschäftigung ein Instrument zur Integration Langzeitarbeitsloser sein könne. Statt Arbeitslosigkeit solle durch einen anderen Einsatz der staatlichen Mittel Arbeit im Interesse der Allgemeinheit finanziert werden.

Auch der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Friedrich Wilhelm Bluschke, forderte mehr Integrationsangebote für Langzeitarbeitslose, um ihrer Teilhabe und soziale Sicherheit zu ermöglichen. Je länger sie arbeitslos seien, umso schwieriger seien ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und desto häufiger zeigten sich auch gesundheitliche Auswirkungen bei den Betroffenen.

Hoffnung setzt Bluschke auf das von Bund und EU finanzierte Programm „Bürgerarbeit“, das nach Angaben des Erwerbslosenbeirates in MV bislang aber nur schleppend in Gang kommt. Laut Wirtschaftsministerium stehen in diesem Jahr Fördermittel für 200 Stellen zur Verfügung, im Jahr 2018 dann für 500.

Frank Pfaff



Eine Aktion während des 15. Erwerbslosenparlaments 2013 vor der Schweriner Staatskanzlei. Eine Fiktion: Die letzten Arbeitslosen werden an eine Firma vermittelt.

**Schuldnerberatung**  
[mecklenburg-vorpommern@volkssolidaritaet.de](mailto:mecklenburg-vorpommern@volkssolidaritaet.de)



[alv-mv.jimdo.com](http://alv-mv.jimdo.com)

2018 findet das 21. Erwerbslosenparlament für Erwerbslose und Interessierte wieder in Schwerin statt.